JAPANS EINTRITT IN DEN KRIEG

HERAUSGEGEBEN VON DER
KAISERLICH JAPANISCHEN BOTSCHAFT
IN BERLIN

STEINIGER-VERLAGE BERLIN

Eintritt

JAPANS EINTRITT IN DEN KRIEG

HERAUSGEGEBEN VON DER KAISERLICH JAPANISCHEN BOTSCHAFT IN BERLIN





Steiniger

BERLIN 1942



VORWORT

Die hier vorgelegten Dokumente sind bestimmt, dem deutschen Volk über den Ausbruch des Krieges, der Japan von den Vereinigten Staaten und Großbritannien aufgezwungen wurde, volle Klarheit zu geben.

Der Erlass des Tenno vom 8. Dezember 1941 stellt nicht allein das Eintreten des Kriegszustandes fest und ruft die gesamte japanische Nation zum Kampf für den Bestand des Kaiserreichs auf, vielmehr bedeutet er für uns Japaner höchstes irdisches und göttliches Gesetz. Im Augenblick, da er ergangen ist, gibt es für uns nichts anderes, als ihm zu folgen und unser Äußerstes einzusetzen. Er ist die höchste Gewähr für unsere Einheit und Entschlossenheit.

Die Erklärung der Kaiserlich Japanischen Regierung vom gleichen Tage gibt, angefangen von dem Ausbruch des chinesischen Konflikts, die Vorgeschichte des Krieges zwischen Japan einerseits und den Vereinigten Staaten und Großbritannien andererseits, aus der die Kriegsschuld der beiden angelsächsischen Mächte mit aller Deutlichkeit hervorgeht.

Das Memorandum der Japanischen Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten vom selben Tage stellt dar, wie der aufrichtige Wunsch Japans, mit den Vereinigten Staaten zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen, durch

die geradezu unerhörte Überheblichkeit der letzteren vereitelt wurde. Die Absicht der Vereinigten Staaten, Japan jede Lebensmöglichkeit abzuschneiden, bedarf wohl keiner weiteren Beweise.

Mit dem Eintritt in den Krieg hat sich Japan auf das engste an Deutschland und Italien angeschlossen, zwei Soldatenvölker, deren ruhmreiche Waffentradition sich in dem gegenwärtigen Krieg auf das höchste bewährt hat; es wird seine Waffen in Großasien zum Siege führen und damit die Erwartungen erfüllen, welche die mit ihm verbündeten Mächte in seinen Kampf setzen. Der Himmel hat den japanischen Waffen bereits in den ersten Kämpfen glorreiche Erfolge beschieden; Japan wird mit wachsendem Mut weiterkämpfen, Schulter an Schulter mit seinen tapferen Verbündeten, bis zum Endsieg für den Aufbau einer neuen Welt.

BERLIN, DEN 20. DEZEMBER 1941

Hiroshi Oshima

KAISERLICH JAPANISCHER BOTSCHAFTER
IN BERLIN

ERLASS DES TENNO

AM 8. DEZEMBER 1941

Wir, durch die Gnade des Himmels Tenno von Japan, die Wir in einer seit ewigen Zeiten ununterbrochenen Linie den Thron innehaben, tun euch treuen und tapferen Untertanen kund:

Wir erklären hiermit den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Britischen Empire den Krieg. Mannschaften und Offiziere Unseres Heeres und Unserer Marine sollen zur Durchführung dieses Krieges ihr Äußerstes leisten, Unsere Beamten der verschiedenen Ämter sollen strebsam ihren Dienst tun, und alle Unsere übrigen Untertanen sollen ihre jeweilige Pflicht erfüllen; die gesamte Nation soll mit vereintem Willen ihre ganze Kraft mobilisieren, damit nichts in der Erreichung der Ziele des Feldzugs fehlschlägt.

Die Sicherung der Stabilität Ostasiens und die Förderung des Weltfriedens, das ist die weitblickende Politik, die von Unserem großen glorreichen Kaiserlichen Großvater und von Unserem großen Kaiserlichen Vater nach ihm gestaltet wurde und die Wir ständig beherzigen. Die Freundschaft unter den Nationen zu pflegen und gemeinsam mit allen Völkern den Wohlstand zu genießen, das ist stets der leitende Grundsatz der Außenpolitik Unseres Reiches gewesen. Zum Unglück ist es wahrhaft unabwend-

bar geworden und entspricht durchaus nicht Unseren Wünschen, daß Unser Reich nun veranlaßt worden ist, gegen die Vereinigten Staaten und Großbritannien in den Krieg einzutreten.
Mehr als vier Jahre sind vergangen, seit China, die wahren Absichten Unseres Reiches verkennend und mutwillig Unruhe stiftend, den Frieden in Ostasien gestört hat, wodurch schließlich Unser Kaiserreich gezwungen wurde, zu den Waffen zu greifen; wenngleich zum Segen eine nationale chinesische Regierung errichtet worden ist, mit der Japan einen freundnachbarlichen Verkehr und die Zusammenarbeit pflegt, so fährt doch das Regime, das in Tschungking weiterlebt und sich auf amerikanischen und britischen Schutz verläßt, in seinem Widerstand und Bruderzwist fort.
Die Vereinigten Staaten und Großbritannien maßen sich unter dem schönen Deckmantel des Friedens an, den zügellosen Ehrgeiz zur Beherrschung Ostasiens zu befriedigen, indem sie das Tschungkinger Regime unterstützen und den Konflikt in Ostasien verschlimmern. Darüber hinaus haben diese zwei Mächte, indem sie die mit ihnen befreundeten Staaten hinzuzogen, die militärischen Vorbereitungen auf allen Seiten Unseres Reiches verstärkt, um Uns herauszufordern. Sie haben mit allen Mitteln Unseren friedlichen Handel gehindert und schließlich zum offenen Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen gegriffen, um dadurch den Bestand Unseres Reiches auf das ernsteste zu bedrohen.
Geduldig haben Wir gewartet, und viel haben Wir ertragen in der Hoffnung, daß Unsere Regierung wieder eine friedliche Lage

herbeiführen könnte. Aber Unsere Gegner, die nicht die geringste Absicht zu einer Versöhnung bewiesen, haben die Klärung der Lage ungebührlich hinausgeschoben, und inzwischen haben sie ihren wirtschaftlichen und militärischen Druck verstärkt, um so Unser Reich zur Unterwerfung zu zwingen. Dieser Gang der Ereignisse würde, wenn man ihn gewähren ließe, nicht allein die langjährigen Bemühungen Unseres Reiches um die Stabilisierung Ostasiens zunichte machen, auch der Bestand des Kaiserreiches ist gefährdet. Wie die Dinge jetzt liegen, kann Unser Reich für sein Fortbestehen und seine Selbstverteidigung nichts andres tun als sich entschlossen erheben und jedes Hindernis zerschmettern.

Die göttlichen Geister Unserer Kaiserlichen Vorfahren blicken auf Uns herab. Wir bauen auf die Loyalität und den Mut Unserer Untertanen und wollen, in Förderung des Werkes, das Uns von Unseren Vorfahren anvertraut wurde, die Wurzeln des Bösen rasch vernichten und einen dauerhaften Frieden in Ostasien aufrichten, so daß Ruhm und Glanz des Kaiserreiches bewahrt bleiben.

ERKLÄRUNG DER JAPANISCHEN REGIERUNG

VOM 8. DEZEMBER 1941

Nach allergnädigstem Erlaß eines kaiserlichen Kriegserklärungs-Reskripts erklärt die Japanische Regierung hiermit der gesamten Welt:

Es ist die unabänderliche Politik Japans, die Stabilität Ostasiens sicherzustellen und der Sache des Weltfriedens seinen Beitrag zu leisten, während der leitende Grundsatz seiner Außenpolitik darin bestand, die vorerwähnte nationale Politik durch die Pflege der Freundschaft mit allen Nationen durchzuführen.

Unglücklicherweise brach, da China unter Verkennung der wahren Absichten Japans einen Konflikt provozierte, der China-Krieg aus. Aber dank der erhabenen Tugend unseres Herrschers haben sich unsere kaiserlichen Streitkräfte, wo immer sie eingesetzt wurden, als siegreich erwiesen. Alle wichtigen Punkte in China befinden sich nun in unserer Hand, und weitsichtige chinesische Führer teilen unsere Auffassung und haben erneut eine chinesische Nationalregierung gebildet, mit der Japan Bande nachbarlicher Freundschaft angeknüpft hat und die bereits von elf befreundeten Mächten anerkannt worden ist. Die Tschungking-Regierung, die sich im abgelegenen Innern des Landes noch hält, kann heute nichts weiter tun, als ihren nutzlosen Widerstand fortsetzen. Die Vereinigten Staaten von Amerika und das Britische Imperium, nicht gewillt, ihre sinnlose Politik, Ostasien ständig in einer abhängigen Position zu halten, zu ändern, verhinderten indessen mit allen Mitteln die Regelung der China-Angelegenheit.

Überdies hetzten sie Niederländisch-Ostindien auf, bedrohten Französisch-Indochina und griffen zu allen möglichen Maßnahmen in der Absicht, Japan

und Thailand einander zu entfremden. Die beiden Mächte waren so eifrig bestrebt, das auf die Förderung allseitig gedeihlicher Beziehungen mit diesen Ländern des Südens gerichtete natürliche Streben Japans zu durchkreuzen, daß es schien, als ob sie im Begriff stünden, einen planmäßigen Angriff auf uns zu eröffnen. Schließlich gingen sie so weit, die empörende Maßnahme des Abbruchs der wirtschaftlichen Beziehungen mit Japan zu ergreifen. Zwischen nichtkriegführenden Mächten stellt der Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen eine feindselige Handlung dar, die der Herausforderung mit Waffengewalt vergleichbar ist. Nicht einmal mit einer derartig unerlaubten Aktion zufrieden, bewirkten die beiden Mächte die Verstärkung bewaffneter Streitkräfte auf allen Seiten Japans, indem sie andere Länder veranlaßten, ihnen Folge zu leisten, und schufen damit eine ernsthafte Bedrohung unseres Bestands. Trotz einer derartigen Bedrohung der Existenz Japans und der Stabilität Ostasiens führte die Japanische Regierung, ängstlich bemüht, den Frieden im Pazifik zu erhalten und die Ausbreitung kriegerischer Verwicklungen über die ganze Welt zu verhindern, geduldig und vorsichtig acht Monate lang diplomatische Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Wir drängten die Vereinigten Staaten und das dahinterstehende Britannien und alle anderen unter dem Einfluß der beiden Mächte stehenden Länder zur nochmaligen Überprüfung ihrer Haltung, wir bewiesen einen Geist der Versöhnlichkeit, soweit es mit dem Bestand und dem Ansehen unseres Kaiserreiches vereinbar war, und wir bemühten uns um eine friedliche Regelung. Wir versuchten alles, was versucht werden konnte, und taten alles, was getan werden konnte. Jedoch die Amerikanische Regierung spielte mit utopischen Prinzipien und weigerte sich, die klaren Realitäten Ostasiens zu erkennen. Von ihrer materiellen Stärke geblendet, vermochte sie nicht die wirkliche Macht Japans zu sehen. Im Zusammengehen mit ihren Verbündeten verstärkte die Amerikanische Regierung die militärische Bedrohung in dem Glauben, daß sie dadurch Japans Unterwerfung erzwingen

könnte. Nun besteht keine Hoffnung oder Formel mehr, den Frieden im Pazifik in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten durch die Ordnung unserer Beziehungen zu ihnen mit friedlichen Mitteln aufrechtzuerhalten. Die Stabilität Ostasiens und die Existenz Japans stehen jetzt auf dem Spiel. Noch heute fordern sie unmittelbar den Einsatz unserer bewaffneten Streitkräfte. Dieser Situation entsprechend ist ein kaiserliches Reskript, das den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Britischen Imperium den Krieg erklärt, erlassen worden. Die Regierung ist von Ehrfurcht erfüllt beim Empfang des kaiserlichen Aufrufs. Es ist Zeit für uns, hundert Millionen Seiner Majestät, einig im entschlossenen und eisenharten Willen, uns zu erheben und die gesamte Kraft der Nation der Kriegführung zu weihen, damit wir für immer die Quelle des Bösen in Ostasien auszuschalten und damit die erhabenen Wünsche unseres Herrschers zu erfüllen vermögen.

Es bleibt, sieghaft wie Sonne und Sterne, das kaiserliche Reskript über Japans Mission: Allen Nationen zu ermöglichen, den ihnen gebührenden Platz in der Welt einzunehmen. Und unabänderlich bleibt es unsere Politik, durch die Zusammen- und Mitarbeit der drei Länder das Wohlergehen Japans, Chinas und Mandschukuos zu verwirklichen und den Grund für den Aufstieg und Fortschritt Ostasiens zu legen; fest und unerschütterlich wie nur je ist unsere nationale Entschlossenheit, in Verbindung mit Deutschland und Italien, die den gleichen Zielen wie Japan zustreben, eine Grundlage für den Weltfrieden zu legen und den Vormarsch in eine neue Ordnung anzutreten. Japan ist nun erneut gezwungen, in den verschiedenen Gebieten des Südens Aktionen zu unternehmen, doch muß betont werden, daß wir keine feindliche Absicht gegen die Völker dieser Gebiete hegen. Wir wünschen nur die Tyrannei Amerikas und Großbritanniens zu beseitigen, Ostasien seine eigentliche und unbedrohte Stellung und Existenz wiederzugeben und in den Genuß gemeinsamen Wohlstandes mit seinen Völkern zu treten. Wir sind überzeugt, daß die Völker dieser

Gebiete Japans wahre Absichten verstehen und einem neuen Leben in einem neuen Ostasien entgegensehen.

Der Aufstieg oder Niedergang unseres Reiches und der Fortschritt oder Zerfall Ostasiens hängen von dem gegenwärtigen Kriege ab. Unser ganzes Volk, eingedenk des Ursprungs und der Mission dieses Feldzuges, soll weder übereilt handeln noch nachlässig sein. Durch unseren Fleiß und unsere Ausdauer müssen wir uns der besten Traditionen unserer Vorväter würdig erweisen.

Indem wir auf die glänzende Leistung derjenigen in der Geschichte blicken, die jede Krise in einen Anlaß zur Förderung unseres nationalen Glückes wendeten, sollten wir uns selbst feierlich verpflichten, die edle und weitsichtige kaiserliche Politik zu unterstützen, um die Ziele dieses gegenwärtigen Feldzuges zu erreichen und damit unseren Herrscher für immer der Sorge zu entheben.

MEMORANDUM
DER
JAPANISCHEN REGIERUNG
AN DIE REGIERUNG
DER
VEREINIGTEN STAATEN
VON NORDAMERIKA

8. DEZEMBER 1941

I.

Die Japanische Regierung, geleitet von dem aufrichtigen Wunsche, mit der Regierung der Vereinigten Staaten zu einer freundschäftlichen Verständigung zu kommen, damit die beiden Länder durch gemeinsame Bemühungen den Frieden im pazifischen Gebiet sicherstellen und so zur Verwirklichung des Weltfriedens beitragen, hat seit dem April des Jahres fortgesetzt im Geiste vollster Aufrichtigkeit mit der Regierung der Vereinigten Staaten Verhandlungen über die Regelung und Förderung der japanisch-amerikanischen Beziehungen und über die Stabilisierung im pazifischen Gebiet geführt.

Die Japanische Regierung beehrt sich, ihre Ansichten über die Forderungen, an denen die Amerikanische Regierung beharrlich festhält, sowie über die Maßnahmen, welche die Vereinigten Staaten und Großbritannien während dieser acht Monate Japan gegenüber getroffen haben, offen darzulegen.

II.

Es ist die unabänderliche Politik der Japanischen Regierung, die Stabilität Ostasiens sicherzustellen, den Weltfrieden zu fördern und dadurch alle Nationen in den Stand zu setzen, den ihnen gebührenden eigenen Platz in der Welt zu finden.

Schon seit dem Ausbruch des Chinakonflikts, der auf Chinas mangelndes Verständnis für Japans wahre Absichten zurückzuführen ist, hat die Japanische Regierung die Wiederherstellung des Friedens angestrebt, und es ist stets ihr

vornehmstes Bestreben gewesen, das Umsichgreifen kriegerischer Unruhen zu verhüten. Zu diesem Zweck hat Japan im September vergangenen Jahres auch den Dreimächtepakt mit Deutschland und Italien abgeschlossen.

Indessen haben sowohl die Vereinigten Staaten als auch Großbritannien jede nur mögliche Maßnahme getroffen, um dem Tschungking-Regime Beistand zu leisten und der Herbeiführung eines allgemeinen Friedens zwischen Japan und China Hindernisse in den Weg zu legen, wodurch Japans konstruktive Bemühungen um die Stabilisierung Ostasiens gestört wurden. Durch den auf Niederländisch-Indien ausgeübten Druck und durch Bedrohung Französisch-Indochinas haben sie versucht, Japans Streben nach Verwirklichung des Ideals eines gemeinsamen Wohlstandes in Zusammenarbeit mit diesen Gebieten zu durchkreuzen. Außerdem haben sowohl die Amerikanische als auch die Britische Regierung, als Japan gemäß seinem Protokoll mit Frankreich Maßnahmen zur gemeinsamen Verteidigung Französisch-Indochinas traf, dies vorsätzlich falsch als eine Bedrohung ihrer eigenen Besitzungen ausgelegt; sie haben die Regierung der Niederlande veranlaßt, sich ihrem Vorgehen anzuschließen, haben den Beschluß über die Einfrierung der Guthaben ergehen lassen und dadurch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Japan abgebrochen. Während so eine deutlich feindselige Haltung bekundet wurde, haben diese Länder ihre militärischen Vorbereitungen zur Vollendung einer Einkreisung Japans verstärkt und eine Lage geschaffen, welche die ganze Existenz des Kaiserreiches gefährdet. Nichtsdestoweniger hat der Ministerpräsident Japans, um eine beschleunigte Regelung zu erleichtern, im August des Jahres den Vorschlag gemacht, sich mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zu einer Besprechung der zwischen den beiden Ländern schwebenden wichtigen Probleme aus dem ganzen pazifischen Gebiet zu treffen. Die Amerikanische Regierung nahm zwar im Prinzip den japanischen Vorschlag an, bestand aber darauf, daß die Zusammenkunft erst

stattfinden sollte, nachdem über fundamentale und wesentliche Fragen eine Einigung erzielt worden war.

III.

Daraufhin unterbreitete die Japanische Regierung am 25. September einen Vorschlag, dem die von der Amerikanischen Regierung vorgeschlagene Formulierung zugrunde lag. Er trug den früheren amerikanischen Forderungen voll Rechnung und bezog gleichzeitig japanische Gesichtspunkte mit ein. Wiederholte Diskussionen führten nicht zu einer schnellen Übereinstimmung. Das gegenwärtige Kabinett übermittelte daher einen revidierten Vorschlag, der die japanischen Forderungen in den Hauptpunkten, die in den Verhandlungen Schwierigkeiten machten, noch weiter milderte, und bemühte sich eifrig, eine Regelung zu erreichen. Die Amerikanische Regierung hielt jedoch unentwegt an ihren ursprünglichen Behauptungen fest und zeigte nicht das geringste Entgegenkommen. Die Verhandlungen machten keine Fortschritte. Um zur Vermeidung einer Krise in den japanisch-amerikanischen Beziehungen ihr Äußerstes zu tun, unterbreitete die Japanische Regierung am 20. November noch einen weiteren Vorschlag, um zu einer gerechten Lösung der wesentlichen und dringlichen Fragen zu kommen; dieser Vorschlag enthielt in Vereinfachung des Vorausgegangenen die folgenden Punkte:

1. Die Regierungen Japans und der Vereinigten Staaten verpflichten sich, in keines der Gebiete Südostasiens und des südlichen Pazifik mit Ausnahme Französisch-Indochinas Streitkräfte zu entsenden.

2. Beide Regierungen werden zusammenarbeiten, um den Erwerb aller Güter und Waren, deren die beiden Länder bedürfen, in Niederländisch-Ostindien sicherzustellen.

3. Beide Regierungen verpflichten sich gegenseitig, die Handelsbeziehungen wieder in dem Maße herzustellen, wie sie vor der Einfrierung der Guthaben bestanden haben.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wird Japan mit der erforderlichen Menge Erdöl beliefern.

4. Die Regierung der Vereinigten Staaten verpflichtet sich, keine Maßnahmen zu treffen und keine Schritte zu tun, die den Bemühungen um Wiederherstellung des allgemeinen Friedens zwischen Japan und China abträglich sind.

5. Die Japanische Regierung verpflichtet sich, gegenwärtig in Französisch-Indochina stationierte Truppen entweder nach der Wiederherstellung des Friedens zwischen Japan und China oder nach der Herstellung eines gerechten Friedens im pazifischen Raum zurückzuziehen; sie ist bereit, die japanischen Truppen im südlichen Teil von Französisch-Indochina bei Abschluß des vorliegenden Abkommens in den nördlichen Teil zu verlegen.

Was China anbetrifft, so erklärte die Japanische Regierung sich zur Annahme des Angebots der Vereinigten Staaten bereit, gemäß dem früheren Vorschlag den Frieden zwischen Japan und China anzubahnen, bat aber darum, daß die Vereinigten Staaten sich verpflichteten, nichts zu tun, was der Wiederherstellung des chinesisch-japanischen Friedens abträglich sein könnte, nachdem die beiden Parteien direkte Verhandlungen aufgenommen hätten.

Die Amerikanische Regierung lehnte nicht nur den oben erwähnten Vorschlag ab, sondern gab ihre Absicht zu erkennen, ihre Hilfeleistung an Tschiang-Kai-Schek fortzusetzen, und zog trotz ihres oben erwähnten Vorschlages das Angebot, daß der Präsident den Frieden zwischen Japan und China anbahnen würde, mit der Begründung zurück, die Zeit wäre hierfür noch nicht reif. Am 26. November schließlich versuchte die Amerikanische Regierung, die Prinzipien, an denen sie hartnäckig festhielt, der Japanischen Regierung aufzuzwingen, indem sie einen Vorschlag machte, der die japanischen Forderungen gänzlich ignorierte, was die Japanische Regierung mit tiefem Bedauern erfüllt.

IV.

Vom Beginn der gegenwärtigen Verhandlungen an hat die Japanische Regierung immer eine faire und gemäßigte Haltung gewahrt und ihr Bestes getan, um eine Einigung zu erzielen, um derentwillen sie, oft trotz großer Schwierigkeiten, alle nur möglichen Konzessionen machte. Was die China-Frage anbelangt, die ein wichtiger Verhandlungsgegenstand war, zeigte die Japanische Regierung eine äußerst versöhnliche Haltung. In Bezug auf den von der Amerikanischen Regierung befürworteten Grundsatz, daß im internationalen Handel keine unterschiedliche Behandlung geübt werden soll, sprach die Japanische Regierung den Wunsch aus, den besagten Grundsatz in der ganzen Welt angewandt zu sehen, und erklärte, daß gleichzeitig mit der tatsächlichen Anwendung dieses Grundsatzes in der übrigen Welt die Japanische Regierung bemüht sein würde, ihn auch im pazifischen Raum einschließlich Chinas anzuwenden, wobei sie klarstellte, daß Japan nicht die Absicht hätte, die wirtschaftliche Betätigung dritter Mächte, wenn sie nach Recht und Billigkeit vor sich ging, aus China auszuschließen. Außerdem erbot sich die Japanische Regierung, wie oben erwähnt, in der Frage der Truppenzurückziehung aus Französisch-Indochina sogar freiwillig, zur Entspannung der Lage eine sofortige Evakuierung der Truppen aus dem südlichen Französisch-Indochina vorzunehmen. Es wird angenommen, daß der Geist der Versöhnlichkeit, den die Japanische Regierung in allen diesen Fragen in höchstem Maße gezeigt hat, von der Amerikanischen Regierung voll gewürdigt wird.

Andrerseits verursachte die Amerikanische Regierung, die unter Mißachtung der Realitäten immer starr an Theorien festhielt und sich weigerte, auch nur um einen Zoll von ihren undurchführbaren Grundsätzen abzugehen, ungebührliche Verzögerungen bei den Verhandlungen. Diese Haltung der Amerikanischen Regierung ist schwer zu verstehen, und die Japanische Regierung möchte die Aufmerksamkeit der Amerikanischen Regierung vor allem auf folgende Punkte lenken:

1. Die Amerikanische Regierung verficht im Namen des Weltfriedens die Grundsätze, die für sie selbst vorteilhaft sind, und drängt der Japanischen Regierung ihre Annahme auf. Der Weltfriede kann nur so herbeigeführt werden, daß durch die Erkenntnis der wahren Lage und eine beiderseitige Würdigung des Standpunktes des Verhandlungspartners eine für beide Teile annehmbare Formel gefunden wird. Eine Haltung, die Realitäten ignoriert und die eigenen selbstsüchtigen Ansichten anderen aufzwingt, wird zur Erleichterung des Abschlusses von Verhandlungen kaum zweckmäßig sein. Unter den verschiedenen Grundsätzen, die die Amerikanische Regierung als Basis für das japanisch-amerikanische Abkommen vorgebracht hat, sind einige, die die Japanische Regierung im Prinzip anzunehmen bereit ist; angesichts der augenblicklichen Weltlage erscheint es aber als ein utopisches Ideal der Amerikanischen Regierung, wenn sie versuchen will, die sofortige Annahme dieser Grundsätze zu erzwingen.

Auch der Vorschlag nach dem Muster des alten Begriffs der kollektiven Sicherheit, einen vielseitigen Nichtangriffspakt zwischen Japan, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, China, der Sowjet-Union, den Niederlanden und Thailand zu schließen, wird der tatsächlichen Lage in Ostasien nicht gerecht.

2. Der amerikanische Vorschlag enthält eine Bestimmung, die besagt: Die beiden Regierungen sollen vereinbaren, daß keine von ihnen ein Abkommen, das sie mit irgendwelchen dritten Mächten abgeschlossen hat, so interpretiert, als stände es im Widerspruch zu dem grundlegenden Zweck des vorliegenden Abkommens, nämlich der Herstellung und Wahrung des Friedens im gesamten pazifischen Raum. Es wird angenommen, daß die obige Bestimmung in der Absicht vorgeschlagen worden ist, Japan von der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Dreimächtepakt abzuhalten, wenn die Vereinigten Staaten

Dreimächtepakt

sich an dem Krieg in Europa beteiligen, und daher kann sie von der Japanischen Regierung nicht angenommen werden.

Von der Amerikanischen Regierung, die ausschließlich ihre eigenen Zwecke und Meinungen vor Augen hat, kann gesagt werden, daß sie auf die Ausdehnung des Krieges hinarbeitet. Sie versucht einerseits, sich durch Stabilisierung des pazifischen Raumes den Rücken zu decken, ist aber andererseits darauf aus, Großbritannien zu helfen und im Namen der Selbstverteidigung den Angriff gegen Deutschland und Italien vorzubereiten, die beiden Mächte, die für die Schaffung einer neuen Ordnung in Europa kämpfen. Eine derartige Politik steht im völligen Widerspruch zu all den Grundsätzen, auf die sich nach dem Vorschlag der Amerikanischen Regierung die Stabilität des pazifischen Raumes durch friedliche Mittel gründen soll.

3. Während die Amerikanische Regierung gemäß den Grundsätzen, an denen sie starr festhält, dagegen Einspruch erhebt, daß internationale Streitigkeiten durch militärischen Druck ausgetragen werden, übt sie in Verbindung mit Großbritannien und anderen Nationen einen Druck durch wirtschaftliche Machtmittel aus. Die Ausübung eines solchen Druckes als Mittel zur Regelung internationaler Beziehungen ist zu verwerfen, da er zuweilen unmenschlicher ist als militärischer Druck.

4. So muß man denn zu dem Schluß kommen, daß die Amerikanische Regierung den Wunsch hat, sich in Verbindung mit Großbritannien und anderen Mächten die beherrschende Stellung, die sie bisher nicht nur in China, sondern auch in anderen Gebieten Ostasiens innegehabt hat, zu erhalten und noch zu verstärken. Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß die Länder Ostasiens in den letzten hundert Jahren oder noch länger gezwungen gewesen sind, unter der anglo-amerikanischen Politik imperialistischer Ausbeutung den status quo zu wahren und sich für die Prosperität der beiden Nationen zu opfern. Die Japanische

Regierung kann die Verewigung einer derartigen Situation nicht dulden, da sie im direkten Widerspruch steht zu der grundlegenden Politik Japans, allen Nationen den ihnen gebührenden Platz in der Welt zu verschaffen.

Die von der Amerikanischen Regierung vorgeschlagene Bestimmung bezüglich Französisch-Indochinas ist ein gutes Beispiel für die oben erwähnte amerikanische Politik. Wenn die sechs Länder: Japan, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die Niederlande, China und Thailand unter Ausschluß Frankreichs sich untereinander verpflichteten, die territoriale Integrität und Souveränität von Französisch-Indochina und seine Gleichbehandlung in bezug auf Handel und Verkehr zu achten, so würde das mit der Unterstellung dieses Gebiets unter die gemeinsame Garantie der Regierungen dieser sechs Länder gleichbedeutend sein. Abgesehen von der Tatsache, daß ein derartiger Vorschlag die Stellung Frankreichs völlig ignoriert, ist er für die Japanische Regierung auch insofern unannehmbar, als in einer solchen Regelung nichts anderes gesehen werden kann als die Ausdehnung eines dem Neunmächtepakt ähnlichen Systems auf Französisch-Indochina, wobei der Neunmächtepakt nachweislich die Hauptschuld an der gegenwärtigen mißlichen Lage in Ostasien trägt.

5. Alle Forderungen der Amerikanischen Regierung an Japan in bezug auf China, wie z. B. die Evakuierung sämtlicher Truppen oder die bedingungslose Anwendung des Prinzips, daß im internationalen Handel keine unterschiedliche Behandlung geübt werden soll, ignorieren die tatsächlichen Verhältnisse in China und sind darauf berechnet, Japans Stellung als stabilisierender Faktor in Ostasien zu vernichten. Wenn die Amerikanische Regierung an Japan die Forderung stellt, kein anderes Regime als das Tschungking-Regime militärisch, politisch oder wirtschaftlich zu unterstützen, wobei sie die Existenz der Nanking-Regierung völlig übergeht, so zerstört sie damit direkt die Grundlagen der gegenwärtigen Verhandlungen. Diese Forderung der Amerikanischen Regierung, die Hand in Hand geht mit der oben erwähnten Weigerung, die Hilfeleistung

an das Tschungking-Regime einzustellen, ist ein deutlicher Beweis für die Absicht der Amerikanischen Regierung, der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Japan und China und der Wiederkehr des Friedens in Ostasien Hindernisse in den Weg zu legen.

V.

Kurz, der amerikanische Vorschlag enthält gewisse annehmbare Punkte, z. B. in bezug auf den Handel; dazu gehören u. a. der Abschluß eines Handelsabkommens, die beiderseitige Aufhebung der Maßnahmen zur Einfrierung der Guthaben, die Stabilisierung des Yen- und des Dollar-Kurses und die Aufhebung der exterritorialen Rechte in China. Andererseits aber ignoriert der Vorschlag die Opfer, die Japan in den vier Jahren des China-Konfliktes gebracht hat, er bedroht die Existenz des Kaiserreiches und schmälert dessen Ehre und Prestige. Darum bedauert die Japanische Regierung, daß sie den Vorschlag als Ganzes nicht als Verhandlungsbasis annehmen kann.

VI.

In dem Wunsche nach einem baldigen Abschluß der Verhandlungen hat die Japanische Regierung den Vorschlag gemacht, daß gleichzeitig mit dem Abschluß der japanisch-amerikanischen Verhandlung auch mit Großbritannien und anderen beteiligten Ländern Abkommen unterzeichnet werden sollten. Die Amerikanische Regierung hat den Vorschlag angenommen. Da die Amerikanische Regierung den Vorschlag vom 26. November aber als Ergebnis häufiger Beratungen mit Großbritannien, Australien, den Niederlanden und Tschungking gemacht hat und sich in bezug auf die chinesischen Fragen offenbar von den Wünschen des Tschungking-Regimes hat leiten lassen, muß daraus geschlossen werden, daß alle diese Länder mit den Vereinigten Staaten einig sind in der Absicht, Japans Stellung zu ignorieren.

VII.

Unverkennbar ist es die Absicht der Amerikanischen Regierung, mit Großbritannien und anderen Ländern zu konspirieren, um Japans Bemühungen um die Herstellung des Friedens durch Schaffung einer neuen Ordnung in Ostasien Hindernisse in den Weg zu legen und vor allem die anglo-amerikanischen Rechte und Interessen zu wahren, indem sie Japan und China im Kriegszustand hält. Diese Absicht ist im Verlauf der gegenwärtigen Verhandlungen klar zutage getreten. So ist die aufrichtige Hoffnung der Japanischen Regierung, die japanisch-amerikanischen Beziehungen zu regeln und den Frieden im Pazifik durch Zusammenarbeit mit der Amerikanischen Regierung zu erhalten und zu fördern, schließlich fehlgeschlagen.

Die Japanische Regierung bedauert, der Amerikanischen Regierung hierdurch mitteilen zu müssen, daß sie angesichts der Haltung der Amerikanischen Regierung die Erzielung einer Einigung durch weitere Verhandlungen für unmöglich halten muß.

DRUCK DER

ERNST STEINIGER DRUCK-

UND VERLAGSANSTALT

BERLIN SW 68